

Europäische Union

Die Geschichte der EU war und ist die Reflexion der jeweiligen weltpolitischen Umstände. Die Sieger des 2. WK folgten nicht dem Morgenthau-Plan, der Deutschland zum Kartoffelacker machen wollte, weil man es als Bremse für die Expansion der Sowjetunion gebraucht hat. Gleichzeitig galt es aber zu verhindern, dass eine wiederaufgebaute deutsche Industrie ein zweites Mal im gleichen Jahrhundert eine expansionistische Politik Deutschlands finanziert.

Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) war daher auch ein Element der Rüstungsverhinderung durch Einbeziehung Frankreichs. Das war auch für Großbritannien und Skandinavien beruhigend. Dadurch wuchs eine ökonomisch-militärische Satrapie der USA auf. Stützen des nationalsozialistischen Deutschland wurden plötzlich milde behandelt. Der Autor der Nürnberger Rassengesetze stieg nicht nur zur Rechten Hand von Kanzler Adenauer auf, er betätigte sich auch als Mentor einer neuen Doktrin – der Hallstein Doktrin – wonach die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR mit dem Verlust solcher gegenüber der Bundesrepublik Deutschland verbunden sein sollte. Die gefürchtete sowjetische Expansion und die Aufstellung der mit Atomsprengköpfen versehenen SS 20-Raketen wurden durch den NATO-Nachrüstungsbeschluss mit Pershing-Raketen gestoppt. Zuvor hatte die letzte Idee Stalins, Deutschland zu neutralisieren, Schiffbruch erlitten. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion haben Archivistudien ergeben, dass nie eine sowjetische Konzeption zum Durchmarsch bis zum Atlantik bestanden hat.

Mit der Entwicklung der EGKS zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) begann ein schrittweiser Auf- und Ausbau zur heutigen EU. Die durch die Bündelung der Kräfte 1949 in Washington DC gegründete Nordatlantikpaktorganisation (NATO) hat den Einfluss der USA auf die europäische Politik, insbesondere die Außenpolitik, verstärkt. Das von Professor Röpke entwickelte und von Ludwig Erhart vollzogene Modell der sozialen Marktwirtschaft wurde durch strategisch-bedingte Hereinnahme von ehemaligen Rechtsdiktaturen – Portugal, Spanien, Griechenland – verwässert.

Der nächste Schritt erfolgte nach der Implosion der Sowjetunion. Via NATO wurden die baltischen Staaten, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien in Prag von Bush-Junior in das Bündnis geholt – und damit die EU genötigt, diese Staaten zu einem Zeitpunkt aufzunehmen, wo deren innere Entwicklung keineswegs schon dem Acquis-Communautaire entsprach. Als die Sowjetunion in ihrer letzten Lebensphase die Vereinigung der beiden deutschen Staaten akzeptierte, nahm sie auch zur Kenntnis, dass damit die NATO bis zur Oder und Neiße reicht. Angeblich nicht schriftlich aber eindeutig und mehrfach

mündlich wurde eine weitere NATO-Osterweiterung ausgeschlossen. Mit Ausnahme von Moldawien und Transnistrien gehören heute alle ehemals westlichen Staaten des Warschauer Pakts der NATO an. Raketenstellungen wurden errichtet – angeblich gegen die iranische Raketenbedrohung und zu einem Zeitpunkt, wo der Iran seinerseits nicht einmal echte Mittelstreckenraketen besaß. Der Abhör- und Radarschirm der NATO wird von US-Militär betrieben. Eine Kette von Flugplätzen wurde von Bulgarien über Rumänien bis zum Baltikum gebaut. Der mit Jelzin vereinbarte NATO-Russland-Rat vertrocknete und wurde schließlich aufgelassen als Russland Südossetien verteidigte – gegen eine von Israel trainierte und von den USA finanzierte versuchte georgische Rückeroberung.

Bis zum Lissabon Vertrag (2007, in Kraft 2009) hatte die EU keinen Sozialauftrag, sie hat ein rein liberales Konzept, eingeschränkt bisweilen durch einen geradezu monströsen Bürokratismus. Der selbst in den USA umstrittene Lobbyismus wurde offiziell eingeführt aber ohne jenes Maß an öffentlicher Einsicht wie es im Kongress der USA üblich ist (und es sind ja nicht alle EU-Entscheidungsträger so dumm wie Strasser).

Unter der Umwelt- und Gesundheitsfahne werden Regulatoren für Massenartikel á la Glühbirnen eingeführt, die zwar Strom sparen, aber Umweltprobleme bei der Entsorgung schaffen. Die gemeinsame Außenpolitik der EU gilt nur für die Kleinen, etwa bei der Finanzierung des besetzten Palästina als Folge gescheiterter Israelpolitik der USA.

Große in der EU machen was sie wollen. Der ehemalige französische Präsident Sarkozy betätigte sich als Wichtigmacher im Südossetienkonflikt. Er hat auch stundenweise ehemalige französische Kolonien besucht, um Verträge abzuschließen, die Frankreich die Veredelung und Vermarktung von afrikanischen Rohstoffen vorbehalten.

Anstatt sich um eine ausgewogene Politik gegenüber dem heutigen Russland zu bemühen, wird dem Druck der USA und der Ängsten der ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten in der EU nachgegeben – und mit welcher Legitimität sind die EU-Außenminister nach Kiev gereist?

Das Resultat:

Zwar sieht die ukrainische Verfassung einen Zentralstaat vor, aber wenn eine große russische Minderheit mehr Selbstverwaltung will muss das nach entsprechenden Verhandlungen möglich sein.

Bandera-Anhänger in Schlüsselressorts der Regierung sind hingegen kein Zeichen für eine wirkliche demokratische Regierungsgesinnung.

Das zwar dann wieder zurückgenommene Verbot der russischen Sprache war ein aufgelegter Elfmeter für die Russen auf der Krim und das Russland Putins. Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim ist hingenommen worden.

Die Performance der EU-Außenpolitik leidet nicht unter Frau Ashton sondern am Fehlen einer strategischen Konzeption der EU, ihrer Befreiung aus den Fesseln einer Politik der USA,

die heute eben nicht immer den Interessen der EU entspricht. Zuvor müssen aber diese Interessen überlegt, beschlossen und dann umgesetzt werden.

Afrika-Politik muss von der Weiterführung des Kolonialismus mit anderen Mitteln bereinigt werden. Die EU muss Bildung und Ausbildung sowie ein Verkehrsnetz nicht nur mitfinanzieren, sondern auch Lehr- und Fachkräfte beistellen.

Die BRIC Staaten haben heute eine Bedeutung erlangt, die direkt in das wirtschaftliche Regelwerk der EU eingreift. Schwache oder keine Sozialstandards. Hungerlöhne kosten in der EU Arbeitsplätze. Fehlende Rücksichtnahme auf die Gewährleistung der Grundlagen für ein gesundes Leben und eine umweltverträgliche Industrialisierung schaffen einen Konkurrenznachteil für die EU-Industrie. Absage an den kommunistischen Frühkapitalismus in China. Auftreten gegen archaische Gesellschaftsstrukturen, deren Repräsentanten jüngst sogar die politische Macht in Indien übernommen haben, tut not.

So wie Österreich dort liegt wo es liegt, so liegt die EU dort wo sie liegt. Ihre Außen- und Wirtschaftspolitik muss sich daher an einem Ausgleich mit Russland, einer Stärkung demokratischer Bewegungen in Maghreb und an einer Neuordnung in den Failed States des Nahen Ostens orientieren. Außer punktuellen Eingriffen aus humanitären Gründen sind nationale Militärinterventionen kontraproduktiv, denn sie liefern neue Feindbilder. Hingegen muss man sich fragen, wieso sich weder die USA noch die EU noch andere Global Player seit dem sogenannten Arabischen Frühling und noch mehr seit dem Syrischen Bürgerkrieg nicht um eine Intervention der Vereinten Nationen bemüht haben. Da könnten die Vetomächte einmal Schulter an Schulter für Menschenrechte und Frieden eintreten und über eine UN-mandatierte Intervention befriedend eingreifen, wobei die EU-Militärs dann endlich eine Beschäftigung für ihre arbeitslosen Battle-Groups hätten.